OPEN ACCESS
OPUS AUGSBURG

Universität Augsburg
Universitätsbibliothek

Rechte Christ*innen und Schule: schulpolitische Positionen in den Debatten um den Bildungsplan in Baden-Württemberg und ihre Anschlussfähigkeit an rechtspopulistische Narrative

Rita Nikolai, Celine Feldengut

Angaben zur Veröffentlichung / Publication details:

Nikolai, Rita, and Celine Feldengut. 2024. "Rechte Christ*innen und Schule: schulpolitische Positionen in den Debatten um den Bildungsplan in Baden-Württemberg und ihre Anschlussfähigkeit an rechtspopulistische Narrative." Bildung und Erziehung 77 (4): 451–66. https://doi.org/10.7788/buer-2024-770405.

Nutzungsbedingungen / Terms of use: **licgercopyright**

Dieses Dokument wird unter folgenden Bedingungen zur Verfügung gestellt: / This document is made available under these conditions:
Deutsches Urheberrecht
Weitere Informationen finden Sie unter: / For more information see:
https://www.uni-augsburg.de/de/organisation/bibliothek/publizieren-zitieren-archivieren/publiz/

Rechte Christ*innen und Schule: schulpolitische Positionen in den Debatten um den Bildungsplan in Baden-Württemberg und ihre Anschlussfähigkeit an rechtspopulistische Narrative

Rita Nikolai / Celine Feldengut

Zusammenfassung: In Baden-Württemberg legte die grün-rote Landesregierung Ende 2013 einen Entwurf zur Neufassung des Bildungsplans vor, gegen den es massive Proteste von Eltern und Lehrkräften gab. Insbesondere Rechte Christ*innen opponierten gegen die Reformvorschläge. Zwar konnte das ursprüngliche Ziel der Proteste, eine Neufassung zu verhindern, nicht erreicht werden, jedoch wurde von der Landesregierung 2016 die Thematisierung sexueller Vielfalt abgeschwächt. Im Protest gegen den Bildungsplan kam es zum Zusammenschluss Rechter Christ*innen mit rechtspopulistischen Akteuren. Ziel des Beitrags ist es, die Anschlussfähigkeit der schulpolitischen Positionen Rechter Christ*innen an rechtspopulistische Narrative zu untersuchen.
Schlüsselbegriffe: Rechte Christ*innen, Rechtspopulismus, Bildungsplan, Narrative

Summary: In Baden-Württemberg, the green-red led state government presented a draft revision of the education plan at the end of 2013, which met massive protests from parents and teachers. The Christian Right opposed the reform proposal. Although the original aim of the protests to prevent a new version was not achieved, the government toned down the focus on sexual diversity in 2016. In the protests, the Christian Right joined forces with right-wing populist actors. The aim of this article is to analyse the connectivity of right-wing Christian school policy positions with right-wing populist narratives.
Keywords: Christian Right, right-wing populism, education plan, narratives

1 Einleitung[1]

In vielen Bundesländern kam es in den 2010er Jahren bei der Reformierung schulischer Lehrpläne zur stärkeren Thematisierung und Verankerung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt zu massiven Widerständen (Oldemeier 2019). Ausgangspunkt vielfältiger Proteste war Ende 2013 ein Entwurf der grün-roten Regierungskoalition in Baden-Württemberg. Der Entwurf sah vor, sexuelle und geschlechtliche Vielfalt als Bildungsziele über alle Schul-

1 Der Beitrag entstand im Rahmen eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanzierten Projekts zur Schulpolitik der AfD (Förderkennzeichen: NI 1371/6–1).

stufen und Schulformen hinweg in einer Neufassung des Bildungsplans zu verankern (Oldemeier 2019). In den Jahren 2014 und 2015 kam es in zahlreichen Städten (darunter Stuttgart, Köln, Hannover, Frankfurt a. M., Dresden, Augsburg und Hamburg) zu Demonstrationen, die anfänglich von Plattformen wie „Besorgte Eltern" und später der „Demo für Alle" organisiert wurden. Die Debatte um die Thematisierung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in schulischen Lehrplänen erlangte bundesweit eine mediale Aufmerksamkeit. Verknüpft wurden die Demonstrationen in vielen Städten mit familienpolitischen Themen und Protesten gegen eine vermeintliche „Frühsexualisierung", „Gender-Ideologie" und die „Förderung der Homosexualität an Schulen" (Oldemeier 2019; Teidelbaum 2015).

Bei der Vielzahl von Demonstrationen war in Baden-Württemberg auffällig, dass Mitglieder christlicher Kirchen oder sich als Christ*innen bezeichnende Menschen sich in ihrem Protest gegen den Entwurf zu einem neuen Bildungsplan mit Akteuren aus der rechtspopulistischen Partei der Alternative für Deutschland (AfD) zusammenschlossen. Allianzen zwischen rechtspopulistischen Parteien und Christ*innen, die Positionen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zuneigen (siehe hierzu die Einleitung von Nikolai und Matthes im Themenheft und Heitmeyer 2002) und die im Folgenden als Rechte Christ*innen bezeichnet werden (zum Begriff siehe auch Rebenstorf 2018), sind aus den USA, Brasilien, Ungarn und Australien bekannt (Conger 2019; Ferris / Robbins 2024; Gorski 2020; Hussain / Yunus 2021; Nestore / Robertson 2022; Neumann 2022; Rodwell 2022). In diesen Ländern konnte die Christliche Rechte erreichen, dass mit der Ausweitung von Bildungsgutscheinen und der Förderung religiöser Privatschulen eine stärkere Privatisierung im Schulsystem unterstützt wurde. Ebenso wurden in diesen Ländern in den letzten Jahren der Sexualkundeunterricht zurückgedrängt und die Vernachlässigung von LGBTQIA+-Themen im Unterricht gefördert. Allianzen wie in Baden-Württemberg zwischen Rechten Christ*innen und Akteuren der AfD im Rahmen der Proteste um die geplante Neufassung des Bildungsplans wurden im Kontext feministischer Debatten untersucht. Schließlich ist Bildungspolitik häufig eine „Austragungsarena antifeministischer Diskurse" (Oldemeier et al. 2020, 232). Jedoch wurde nicht systematisch herausgearbeitet, welche Bildungsvorstellungen Rechter Christ*innen einen Zusammenschluss mit Rechtspopulist*innen erleichterten. Dies verwundert, befindet sich Schule doch „in einem Spannungsfeld zwischen elterlichem Bestimmungsrecht und staatlichem Bildungsauftrag" (Oldemeier et al. 2020, 232). In Anlehnung an Lang erfolgt daher im Beitrag eine „Analyse geteilter Bezugspunkte und ideologischer Versatzstücke" (Lang 2017, 68) von Rechten Christ*innen mit Akteuren der rechtspopulistischen Partei der AfD. An der skizzierten Forschungslücke setzt der vorliegende Beitrag an und untersucht folgende Forschungsfrage: *Welche bildungspolitischen Vorstellungen und Konzeptio-*

*nen verfolgten Rechte Christ*innen in den Debatten zum Bildungsplan in Baden-Württemberg und ermöglichten eine Annäherung an die AfD?*

Zunächst wird die Affinität von Positionen Rechter Christ*innen und Rechtspopulist*innen erläutert (Abschnitt 2). Anschließend erfolgt eine Analyse der Argumentationen von Gegner*innen und Befürworter*innen zur geplanten Neufassung des Bildungsplans in Baden-Württemberg (Abschnitt 3). Grundlage der Analyse sind Artikel in der Zeitschrift ideaSpektrum der evangelikalen Nachrichtenagentur idea e. V., die in Form einer strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2022) ausgewertet wurden. Der Beitrag schließt mit einem Fazit und offenen Forschungsfragen (Abschnitt 4).

2 Rechte Christ*innen und ihre Affinität zu rechtspopulistischen Positionen

Rechtspopulistische Parteien, Bewegungen und Akteure bilden ein „Brücken-Milieu zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus“ (Claussen et al. 2021, 1). Das Brücken-Milieu ist sehr divers und hat dabei auch eine starke religiöse Komponente, die sowohl Sympathisant*innen für Neuheidnisches und Spiritualität als auch katholische und protestantische Mitglieder sowie Mitglieder von evangelikalen und charismatischen Freikirchen vereint. In Debatten um die Affinität christlich-fundamentalistischer und rechtspopulistischer Positionen hat sich der Begriff Rechte Christ*innen etabliert (Bednarz 2018; Rebenstorf 2018; Strube 2017a). Dieser Begriff umfasst „ultrakonservative[…] oder fundamentalistische […] Strömungen“ (Minkenberg 2024, 13) im Christentum (siehe auch Fritz 2021; Strube 2017a, 2023). Dabei ist festzuhalten, dass es nicht die Religiosität an sich ist, die rechtspopulistische Einstellungen befördert, sondern eine „Neigung zum Autoritarismus“ (Strube 2020, 16) und Positionen, die „von einer Ungleichwertigkeit von Menschen und sozialen Gruppen ausgeht“ (Nikolai / Matthes in der Einleitung zum Themenheft, siehe auch Heitmeyer 2002). Analysen mit Umfragedaten von Yendell (2020) zeigen, dass religiöse Menschen eher nicht die AfD wählen. Weitere Analysen von Hirscher (2020) verweisen darauf, dass kirchennahe Katholik*innen nur einen kleinen Teil der AfD-Wähler*innenschaft ausmachen. Nach Strube gehen „Lebensauffassungen, die mit einer Offenheit für existentielle Fragen und ggf. auch mit religiösen Zweifeln verbunden sind, sowie eine starke Orientierung an universalistischen Werten, die Freiheit und Menschenrechte für alle Menschen einfordern“ (Strube 2020, 16), mit einer größeren Distanz zu rechtspopulistischen Bewegungen und Parteien einher. Es ist also nicht Religiosität und Kirchennähe, die eine Nähe zum Rechtspopulismus begünstigen, sondern ein „fundamentalistisch, religiös-dogmatisches

Glaubensverständnis[, das] abwertende Einstellungsmuster“ (Heimowski / Markstein 2020, 107) befördert. Umgekehrt nutzen rechtspopulistische Akteure das Christentum zur Instrumentalisierung (Backes 2020) und Herstellung einer „kollektiven Identität“ (Diefenbach 2021, 439). Pickel spricht von „Wahlverwandtschaften [in] kulturellen Vorstellungen“ (Pickel 2018, 280) zwischen Rechten Christ*innen und Rechtspopulismus und sieht darin einen „Schlüssel“ und „zentrale Grundlage des Erfolges rechtspopulistischer Gruppierungen“ (Pickel 2018, 277). Religion und die Argumentationsfigur der „Verteidigung des christlichen Abendlandes“ (Pickel 2018, 280) spielen eine wichtige Rolle bei rechtspopulistischen Parteien zur Aktivierung ihrer Anhängerschaft, aber auch zur Gewinnung von Wähler*innenstimmen. Weiter spricht Strube davon, dass es Rechtspopulist*innen gelingt,

> „über familienbezogene Themen, Menschen der bürgerlichen Mitte emotional anzusprechen und sogar dort in den allgemein-christlichen wie institutionell-kirchlichen Raum hineinzuwirken, wo Islamisierungsängste nicht verfangen und Fremdenfeindlichkeit ausdrücklich zurückgewiesen wird“ (Strube 2017a, 64).

In der international vergleichenden Bildungsforschung gibt es ein paar wenige Beiträge, die aufzeigen, welchen Einfluss Rechte Christ*innen auf schulpolitische Prozesse und konkret auf Gestaltungen von Unterrichtsinhalten nehmen konnten. Unter dem Einfluss evangelikaler Interessengruppen (hierzu auch Segatto / Alves / Pineda 2022) veranlasste die brasilianische Regierung unter dem ehemaligen rechtspopulistischen Präsidenten Jair Bolsonaro (Amtszeit 01.01.2019–31.12.2022) Veränderungen der schulischen Lehrpläne, die darauf abzielten, kulturelle Diversität, die Thematisierung von Gender und Sexualität sowie die Auseinandersetzung mit indigenen und afrobrasilianischen Lebenswelten abzuschaffen. Zudem wurden öffentliche zivil-militärische Schulen eingeführt, in deren Schulprogramm Disziplin und Drill ihrer Schüler*innen dominieren (Alves / Segatto / Pineda 2021; Moeller 2021; Azevedo / Robertson 2022). Lehrplanveränderungen durch den Einfluss rechtspopulistischer Parteien und Mitglieder religiöser Gemeinschaften konnte Pinson (2022) auch für Israel nachweisen. Am Beispiel der USA zeigte Gorski (2020), dass die christliche Rechte mit Rechtspopulist*innen in Debatten um Sexualmoral sowie der Ablehnung von gleichgeschlechtlichen Ehen, Pornografie und Abtreibung seit Ende der 1970er Jahre eine Allianz einging.

3 Debatte zum Bildungsplan in Baden-Württemberg

Die grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg veröffentlichte im November 2013 ein Arbeitspapier zur Reform des Bildungsplans. Ein Bildungsplan ist als ein Lehrplan für Schulen zu verstehen, der eine Orientierung für Unterrichtsinhalte und -abläufe bietet sowie Bildungs- und Erziehungsziele formuliert (Böhm / Seichter 2022, 308). Der Entwurf sah vor, dass das Thema der sexuellen Vielfalt fächerübergreifend und in allen Schulstufen thematisiert werden sollte. Damit sollte sexuelle Vielfalt auch Thema in der Grundschule sein. Dagegen entzündete sich 2014 massiver Protest. Kurz nach Veröffentlichung des Entwurfs im November 2013 initiierte der Realschullehrer Gabriel Strängle eine Online-Petition zu „Zukunft – Verantwortung – Lernen: Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens", die in kurzer Zeit bis Ende Januar 2014 bereits 200.000 Menschen unterzeichneten. Unterstützt wurde die Petition durch die Evangelische Allianz Deutschland und die AfD. Organisiert wurden die Demonstrationen von Hedwig von Beverfoerde, einer bekennenden Katholikin und CDU-Mitglied bis 2016, und der Initiative Familienschutz. Bei letztgenannter Initiative handelt es sich um ein virtuelles Kampagnennetzwerk, das von dem Ehepaar und AfD-Mitgliedern Beatrix und Sven von Storch betrieben wird. Als Redner*innen auf den Demonstrationen konnten die Organisator*innen Vertreter*innen von Parteien der CDU und der AfD, von Initiativen wie den Christdemokraten fürs Leben, von verschiedenen Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften (darunter Deutsche Evangelische Allianz, Forum Deutscher Katholiken, Hilfswerk „Kirche in Not") und der AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative" gewinnen. Zudem sprachen auf den Demonstrationen mit Gabriele Kuby und Birgit Kelle auch Autorinnen, die in der Sekundärliteratur im Kontext des Rechtspopulismus verortet werden (Strube 2017, 2020; Teidelbaum 2015). Die Beteiligungen von AfD-Politiker*innen an den Demonstrationen und Kampagnen gegen den Bildungsplan sind als Strategien zu werten, um „in möglichst weiten Teilen der Bevölkerung Diskurshoheit zu erlangen" (Strube 2017a, 64) und ein „bürgerliche[s] Image […]" (Strube 2017b, 108) zu erzeugen. Auch in vielen anderen Städten kam es zu Protesten gegen Reformen der sexuellen Bildung an Schulen (z. B. in Hessen vgl. Oldemeier 2019), und die AfD griff das Thema auch in zahlreichen Anträgen in Land- und Kreistagen auf (Henninger 2020, 11).

Im Zuge der Proteste kündigte die baden-württembergische Landesregierung an, ihre Reform und ihren Zeitplan zu verändern. Die Debatten um die Reformierung des Bildungsplans trafen in Baden-Württemberg auf eine „Heimstatt des historischen Pietismus" (Thiessen 2015, 152) und auf ein „stark pietistisches Milieu" (Kemper 2016a, 89). Für die Analyse des Datenmaterials wurde die strukturierende qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring (2022) angewendet. Ziel war es, zu analysieren, warum Rechte

Christ*innen den Entwurf zur Reformierung des Bildungsplans in Baden-Württemberg ablehnten. Datenmaterial für die Analyse waren Beiträge aus dem Wochenmagazin *ideaSpektrum*, die sich explizit mit dem baden-württembergischen Bildungsplan auseinandersetzten. Zeitraum der Analyse war das Jahr 2014 mit 28 Beiträgen. Die Zeitschrift (2020 Umbenennung in *IDEA – Das christliche Spektrum)* gilt als Sprachrohr evangelikaler Christ*innen (Kronauer 2018; EZW 2024) und wird als anknüpfungsfähig an rechtspopulistische Akteure (darunter auch die AfD) angesehen (Jentsch / Sanders 2018; EZW 2024). Auf Basis der Sekundärliteratur von familien- und bildungspolitischen Positionen Rechter Christ*innen und der AfD wurden deduktiv drei Hauptkategorien abgeleitet.

3.1 Romantische, geschlechtliche und sexuelle Vielfalt

In Anlehnung an Prengel (2019) wird das Konzept der Vielfalt herangezogen, um die Positionierungen hinsichtlich des Umgangs mit der Vielfalt von Gruppenzugehörigkeiten von Individuen ermitteln zu können. Bei dieser Kategorie beziehen wir uns nicht nur auf Sexualität, sondern ergänzen diese Kategorie auch um Themen von Liebe, Partnerschaft, Familie, Lebensweisen und Verantwortungsübernahme (Debus / Laumann 2018, 40; Laumann / Debus 2018). Analysen zur Programmatik der AfD und Rechten Christ*innen verweisen darauf, dass familien- und geschlechterpolitische Themen eine starke Rolle spielen (Lang 2017) und diese eine hohe Mobilisierungskraft in rechtspopulistischen Kreisen haben (Sauer 2017; Strube 2017b). Rechtspopulist*innen und Rechte Christ*innen vertreten in der Regel ein binäres Geschlechtermodell (Bitzan 2016), das Heterosexualität über andere Formen von romantischer, geschlechtlicher und sexueller Beziehung stellt. Heterosexualität gilt dabei als „natürliche, gesunde und sinnvolle Sexualität" (Bitzan 2016, 351), da sie den „Volkserhalt" sichert. Sexuelle Beziehungen sind nur mit gegengeschlechtlichen Partner*innen erwünscht, aus welchen Kinder hervorgehen sollen (Bitzan 2016, 342). Rechte Christ*innen vertreten ein binäres Geschlechtermodell, welches sie dadurch begründen, dass Gott den Menschen bereits entweder ein weibliches oder ein männliches Geschlecht zugeordnet habe (Hoberg 2018, 217). Homosexualität wird als eine zu „tolerierende Abweichung von der Norm" (Lang 2017, 66) hingenommen, jedoch nicht akzeptiert. Auch Rechtspopulist*innen lehnen Homosexualität ab und sehen ausschließlich die Heterosexualität als „natürliche, gesunde und sinnvolle Sexualität" (Bitzan 2016, 351) an. Eine Ungleichbehandlung zwischen gleichgeschlechtlichen und heterosexuellen Partnerschaften wird favorisiert (Lang 2017). Das „Feindbild einer ‚(Früh-)Sexualisierung' von Kindern" (Lang 2017, 67) wird von Rechtspopulist*innen zumeist herangezogen, um die Thematisierung von sexueller Bildung und Vielfalt im

Unterricht abzulehnen und „eine diskursive Nähe“ zu schaffen (Lang 2017, 67), und ist damit sowohl als Narrativ als auch ein Mobilisierungsfaktor zu charakterisieren.

In Debatten zur Nutzung einer geschlechtergerechten Sprache wird von Rechtspopulist*innen oft ein Bedrohungsszenario aufgebaut und mit Verschwörungsszenarien einer „Gender-Ideologie“, „Genderismus“ oder „Genderwahn“ (Oldemeier 2019; Teidelbaum 2015) verknüpft. Gender-Mainstreaming als Strategie zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter wird von Rechtspopulist*innen als Indoktrination abgelehnt, da damit heteronormative Familien- und Geschlechterbilder infrage gestellt würden (Strube 2017a). Die AfD kritisiert, dass besonders nicht-heterosexuelle Lebensstile thematisiert würden und es damit zu einer Beeinflussung komme, welche sie als „Gender-Ideologie“ bezeichnen, die letztendlich zu einer Frühsexualisierung bei Kindern führen würde (Kemper 2016b).

Die vorgestellten Positionen von Rechtspopulist*innen finden sich auch in vielen Beiträgen von ideaSpektrum wieder. Gegner*innen des Bildungsplans äußerten, dass Kinder durch die Reform des Bildungsplanes frühsexualisiert werden könnten. So würde „das Vorhaben der grün-roten Regierung eine ‚staatlich verordnete Frühsexualisierung‘ der Kinder“ (iS 2014a, 34) bedeuten. In weiteren Textstellen wurde die Befürchtung geäußert, dass Kinder zu früh in Berührung mit Sexualität kommen und dazu ermutigt würden, sexuelle Handlungen auszuüben (vgl. iS 2014b). Eine fächerübergreifende Thematisierung von Sexualität sei zudem „entwicklungspsychologisch unverantwortlich“ (iS 2014c, 36). Eine Frühsexualisierung wird zudem mit einer „Ideologisierung [und] Indoktrination […] des Unterrichts“ (iS 2014d, 3) verknüpft. Eine Thematisierung von Sexualität im Grundschulunterricht führe dazu, dass Kinder gezwungen würden, „sich mit sexuellen Themen zu beschäftigen, und das bereits in einem Alter, in dem sie sich für alles Mögliche interessieren, aber nicht dafür“ (iS 2014e, 33). Zudem wird von einem Zwang ausgegangen, bei dem Kinder lernen würden, dass Homosexualität gleichberechtigt zur Heterosexualität sei.

Befürchtet wird, dass durch gelebte Vielfalt Heterosexualität diskriminiert werden könnte. Klargestellt wird dabei, dass Kritiken am Bildungsplan sich nicht gegen andere Formen von Vielfalt richteten, sondern es würden die Inhalte der Bildungsplanreform abgelehnt, „nach der alle sexuellen Lebensstile gleich erstrebenswert seien“ (iS 2014f). Heterosexualität stellt eine übergeordnete Rolle dar, was im folgenden Zitat deutlich wird: „Ich bin heterosexuell, und das ist auch gut so“ (iS 2014f, 3). Sexuelle Vielfalt wird zwar hingenommen, jedoch nicht akzeptiert: „Tolerieren, aber nicht akzeptieren“ (iS 2014c, 36). Geschlechtliche, romantische und sexuelle Vielfalt wird lediglich unter der Bedingung toleriert, dass diese nicht akzeptiert werden muss und weiterhin Heterosexualität in der Wertigkeit übergeordnet ist. Vorgeworfen wird in den Beiträgen von ideaSpektrum das „Ziel des

geschlechtslosen Mainstreams: Abschaffung der Mann-Frau-Geschlechterpolarität“ (iS 2014g, 9). Durch Gender-Mainstreaming, welches die Akzeptanz sexueller Vielfalt in den Schulen forcieren solle, sei Geschlecht nicht mehr existent (vgl. iS 2014g, 9) und dadurch würde die Identität der Menschen verändert (vgl. iS 2014d, 3).

3.2 Heteronormatives Familienbild

In der Bildungsforschung wird unter Familie eine „aus einer zwei Generationen (Eltern-Kind) umfassenden und in einem Haushalt lebenden Gemeinschaft“ (Böhm / Seichter 2022, 158) verstanden. Kinder können dabei als leibliche Kinder, aber auch als Stief-, Pflege- oder Adoptivkinder von Eltern großgezogen werden. Das Aufwachsen kann in einer Ehe oder Partnerschaft, aber auch bei Alleinerziehenden geschehen. Familien müssen nicht zwangsläufig aus Ehen bzw. Partnerschaften zwischen Männern und Frauen hervorgehen, sondern ein Aufwachsen ist auch in gleichgeschlechtlichen Ehen bzw. Partnerschaften möglich (Böhm / Seichter 2022).

Das Familienbild von Rechtspopulist*innen ist als heteronormativ zu charakterisieren (Bitzan 2016): So wird in rechtspopulistischen Konzeptionen die Vielfalt von familialen Lebensweisen abgelehnt, da unter Familie die „Partnerschaft zweier Menschen unterschiedlichen Geschlechts“ verstanden und „jede andere Form familialen Lebens […] ausgeschlossen“ (Lang 2017, 63) wird. Mit dieser Einstellung ist auch die „Anerkennung gleichgeschlechtlicher Elternpaare in gemeinsamer Sorgeverantwortung“ (Lang 2017, 63) ausgeschlossen. Rechtspopulistische Akteure gehen von einer „hierarchischen Zweigeschlechtlichkeit“ (Sauer 2017, 2) mit der Existenz eines männlichen und weiblichen Geschlechts aus. Geschlecht ist aus rechtspopulistischer Perspektive biologisch definiert und nicht sozial beeinflusst (Lang 2015; Oldemeier 2021). Einher geht damit eine angenommene Norm von Heterosexualität und Familienverhältnissen mit „traditionellen Geschlechterarrangements“ (Lang 2017, 63). Traditionelle Familien werden als Keimzelle von Sozialstaaten gesehen. Zumeist ist das Familienbild durch ein „patriarchal[es] Weltbild“ (Strube 2017b, 118) und hegemoniale Männlichkeit (Bitzan 2016) geprägt. Verknüpft wird dieses mit dem Narrativ der „heterosexuelle[n] Kleinfamilie mit einem männlichen Familienernährer und einer Frau als Mutter“ (Sauer 2017, 3) als ein Ideal des Zusammenlebens. Es gibt in rechtspopulistischen Konzeptionen „traditionelle Verantwortungsbereiche der Geschlechter“ (Lang 2017, 72), die die Mutterschaft (im Sinne eines „je mehr Kinder, desto besser“) überhöhen. Bei Rechtspopulist*innen können „deutliche Vorbehalte gegen Diversity-Programme und Gleichstellungspolitiken“ (Kemper 2016a, 82) identifiziert werden.

Das Familienbild von Rechten Christ*innen ist zumeist ebenso durch ein traditionelles Familienbild und eine „Priorisierung heterosexueller, ehebasierter Familie[n]“ (Thiessen 2015, 156) geprägt. Auch die Mutterschaft wird zumeist überhöht und damit einhergehend werden eine hohe Frauenerwerbstätigkeit und ein Ausbau von Kindertagesbetreuungsangeboten abgelehnt. Homosexuelle Elternschaften werden als nicht vereinbar mit einer von Gott gegebenen Schöpfungsordnung interpretiert. Rechtspopulist*innen und Rechte Christ*innen stimmen darin überein, heterosexuelle Familien zu fördern, Regenbogenfamilien und homosexuelle Eltern zählen nicht dazu. Eine inhaltliche Nähe zwischen Rechtspopulist*innen und Rechten Christ*innen ergibt sich in der Kritik an einer Familienpolitik, die nicht mehr ein traditionelles Ehe- und Familienmodell fördert. Das Ablehnen einer Gleichstellung wird damit begründet, dass es im Widerspruch zum christlichen Menschenbild stehe, da in der Bibel Formen von Vielfalt weder erwähnt noch befürwortet würden. Rechte Christ*innen sehen Ehe ausschließlich als solche zwischen Mann und Frau an. Auch Rechtspopulist*innen betrachten die traditionelle Familie als besonders schützenswert, da sie als „Keimzelle der Gesellschaft“ (Kemper 2016b, 149) wahrgenommen wird.

In Beiträgen von ideaSpektrum wird der Bildungsplan abgelehnt, da dieser die „Sonderstellung der Ehe als orientierende Norm“ (iS 2014h, 33) aufheben würde. Vielmehr sollten die Ehe und Familie gefördert werden anstelle einer Gleichstellung von Beziehungsformen, da diese dem Ideal von Ehe und Familie nicht entsprechen würden, wie eine Textstelle es auch erläutert: „Da Ehe und Familie durch unser Grundgesetz besonders geschützt sind, ist es aus meiner Sicht nicht richtig, dass Lehrer dazu verpflichtet werden, alle Lebensstile als gleichwertig darzustellen‘“ (iS 2014i, 32). Da die traditionelle Familie „Keimzelle der Gesellschaft“ (iS 2014j, 10) sei, werden andere Beziehungsformen, die nicht einer cis-geschlechtlichen, heterosexuellen Familie entsprechen, abgelehnt. Die Ehe sei durch Gott geschaffen und ausschließlich heterosexuellen Personen vorbehalten (iS 2014c, 36). Abgelehnt wird der Bildungsplan auch, da sich dieser „verfassungswidrig nicht am christlichen Menschenbild ausrichtet“ (iS 2014k, 33) und nicht dem biblischen Schöpfungsbild entspräche (vgl. iS 2014l, 38; iS 2014i, 32).

3.3 Erziehungsrecht

Das Grundgesetz regelt in Art. 6, Absatz 2, dass Eltern das Recht und die Pflicht für die Pflege und Erziehung ihrer Kinder haben. Eltern haben damit ein Mitspracherecht bei der Gestaltung von Schule (Böhm / Seichter 2022, 139). Im Kontext des Eltern- bzw. Erziehungsrechts wird immer wieder kontrovers über die Art und Weise von Sexualpädagogik an Schulen de-

battiert. Dabei hat der Staat im Sinne seines Erziehungsauftrags (Art. 7, Absatz 1 GG) die vom Bundesverfassungsgericht und Bundesverwaltungsgericht bestätigte Aufgabe zur Sexualerziehung im Bildungswesen (Avenarius / Hanschmann 2019). Durch die geltende Schulpflicht steht dem Staat ein eigenes Erziehungsrecht zu, welches gleichrangig mit dem der Eltern ist (Baumgartner 2004, 34). Vor allem der zeitliche Beginn einer sexuellen Aufklärung ist ein Streitpunkt und ob diese bereits im frühkindlichen Bereich und/oder Grundschulen erfolgen soll. Kritiker*innen einer frühen Sexualpädagogik begründen ihre Ablehnung damit, dass diese den Eltern allein vorbehalten sein soll (Böhm / Seichter 2022, 438 f.). Zudem wird einer frühen Sexualpädagogik eine „Übergriffigkeit" und „sexualisierte Gewalt" (Oldemeier 2021, 237) unterstellt und daher wird diese zum „Schutz von Kindern" (Oldemeier 2021, 238) abgelehnt. Eine „Frühsexualisierung" von Kindern würde die geschlechtliche Identitätsbildung im Rahmen einer binären Geschlechterordnung verhindern (Behrensen / Heimbach-Steins 2020). Sowohl Rechtspopulist*innen wie Rechte Christ*innen lehnen staatliche Eingriffe bei der Erziehung und im schulischen Bildungswesen ab, indem sie auf ihr Erziehungsrecht pochen (Gehrmann et al. 2017). Rechtspopulist*innen sehen die Aufgabe der Erziehung bei der Mutter (Andresen 2018), die den Kindern Kenntnisse über das deutsche Brauchtum, welches sich auf das Germanentum stützt, beibringen soll. Zudem sollen Mädchen wie Jungen zur körperlichen Tüchtigkeit erzogen werden (Bitzan 2016). Der Ausbau von Kindertagesstätten und Ganztagesschulen wird von Rechtspopulist*innen als Gefahr angesehen, da diese die Erziehungsaufgabe der Eltern übernehmen würden und dadurch die Bindung zwischen Eltern und Kindern bedroht sei (Kemper 2016b).

Die Thematisierung von Homosexualität bzw. generell von Sexualität im Unterricht wird als schädlich für Kinder und Jugendliche verstanden (Oldemeier 2021) und wird in der analysierten Zeitschrift an mehreren Stellen als Kindesgefährdung gedeutet (iS 2014b, 30; iS 2014m, 42). So würde der Bildungsplan „die Zukunft von Kindern und damit des Landes zerstöre[n]" (iS 2014n, 30). Abgelehnt wird der Bildungsplan auch, um „Kinder vor den Abgründen des ‚Genderismus' zu bewahren" (iS 2014n, 30). Der Bildungsplan wird auch dahingehend kritisiert, dass sich „besorgte Eltern und viele andere Bürger*innen gegen den Eingriff in die Elternrechte wehrten" (iS 2014k, 33). Eltern sollten die „‚Lufthoheit über den Kinderbetten' nicht an den Staat" (iS 2014e, 33) abtreten. Es wird sich auf das Recht der elterlichen Entscheidung berufen und gefordert, dass die schulischen Inhalte im Vorfeld mit den Eltern abgesprochen werden sollten, damit mögliche Inhalte in keinem Widerspruch zu christlichen Inhalten und Ansichten der Elternhäuser stünden (vgl. iS 2014i, 32).

4 Fazit

Ziel dieses Beitrags war es, aufzuzeigen, wie Rechte Christ*innen ihre Ablehnung der Reform des Bildungsplanes in Baden-Württemberg begründeten und welche Gemeinsamkeiten zu rechtspopulistischen Narrativen bestehen. In der Analyse von Beiträgen in der Zeitschrift ideaSpektrum wurde sichtbar, dass sich gegen eine Akzeptanz von sexueller Vielfalt ausgesprochen und diese lediglich toleriert wurde. Eine Gleichstellung von LGBTQIA+-Menschen mit heterosexuellen cis-Personen, wie sie in dem Arbeitspapier angestrebt wurde, wurde abgelehnt. Zwar wurde in den Beiträgen respektiert, dass Menschen eine andere sexuelle Orientierung haben, jedoch wurde der Bildungsplan abgelehnt, da dieser eine Gleichstellung verschiedener sexueller Orientierungen befürwortete. Aus Sicht Rechter Christ*innen widerspricht der Bildungsplan den biblischen Vorstellungen, da die Ehe, von Gott gegeben, ausschließlich zwischen Mann und Frau geführt werden solle. Durch die Analyse wurde deutlich, dass die Inhalte des Plans den Erziehungsvorstellungen einiger Eltern entgegenstehen. Mit Begriffen wie „Frühsexualisierung", „Ideologisierung" und „Gleichschaltung" wurde betont, dass der Bildungsplan eine Gefahr für Kinder und Jugendliche darstelle. Schüler*innen Formen von romantischer, geschlechtlicher und sexueller Vielfalt näherzubringen, würde sie nicht nur in ihrer Sexualität beeinflussen, sondern auch dazu führen, dass sie später auch ausschließlich diese leben würden. Heterosexualität sowie die traditionelle Ehe und Familie wurden in den Beiträgen anderen Lebensweisen übergeordnet. Es wurde betont, dass die Ehe von Gott geschaffen ist und in der Bibel Formen von gleichgeschlechtlicher, romantischer und sexueller Vielfalt nicht erwähnt oder nicht positiv dargestellt würden. LGBTQIA+-Personen werden toleriert, solange sie nicht heiraten oder eine Familie gründen.

Die Analysen haben gezeigt, dass sich Narrative Rechter Christ*innen mit denen von Rechtspopulist*innen überschneiden und Wahlverwandtschaften bestehen. Der Schutz von heteronormativen Familien und ein Anti-Genderismus stellen nach Strube dabei einen „Kitt" (Strube 2017b, 111) dar und sind als „Türöffner in christliche Milieus" (Strube 2017b, 120) zu werten. Insbesondere die AfD nutzt Proteste gegen eine „Frühsexualisierung", um neue Wähler*innengruppen zu erschließen und dabei kommt es z. T. zu einem Zusammenschluss von Rechten Christ*innen und der AfD. Die Familienthematik ist dabei ein Vehikel der AfD, um in bürgerlichen Kreisen Fuß zu fassen (Strube 2017a). Die AfD nutzt dabei den Begriff der „Frühsexualisierung" als Kampfbegriff und versucht über die Betonung eines heteronormativen Familienbildes und Erziehungsrechts in das Milieu Rechter Christ*innen einzudringen. Sowohl die Deutsche Bischofskonferenz als auch die Evangelische Kirche in Deutschland haben Ende 2023 bzw. Anfang 2024 in Erklärungen die Unvereinbarkeit einer Mitgliedschaft in der

AfD und in der katholischen wie protestantischen Kirche ausgesprochen (DBK 2024; EKD 2023). In unserer Analyse haben wir uns in der Gruppe der Rechten Christ*innen nur auf evangelikale Kreise am Beispiel von Veröffentlichungen in der Zeitschrift ideaSpektrum konzentriert. Es wäre lohnend, auch die Argumentationen von katholischen Gruppen für weitere Analysen einzubeziehen und Positionen verschiedenster Gruppen innerhalb Rechter Christ*innen miteinander zu vergleichen. Hierfür würden sich das Online-Magazin von *kath.net* (https://kath.net/) oder die katholische Tageszeitung *Die Tagespost* anbieten, dem in der Forschungsliteratur eine Nähe zum Rechtspopulismus bescheinigt wird (Strube 2017a, 58; siehe auch DF 2017 und EZW 2024). Gerade die Instrumentalisierung durch rechtspopulistische Akteure im bildungspolitischen Feld sollten Rechte Christ*innen reflektieren und sich einer Vereinnahmung entgegensetzen.

Quellen (Zeitschriftenbeiträge und Onlinebeiträge)

Deutsche Bischofskonferenz (DBK) (2024): Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar. Erklärung der deutschen Bischöfe vom 22.02.2024. https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/presse_2024/2024-023a-Anlage1-Pressebericht-Erklaerung-der-deutschen-Bischoefe.pdf (18.06.2024).

Deutschlandfunk (DF) (2017): EKD und „idea“. Streit um evangelisches Medienportal. https://www.deutschlandfunk.de/ekd-und-idea-streit-um-evangelisches-medienportal-100.html (21.06.2024).

Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) (2023): Beschluss der 13. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland auf ihrer 4. Tagung zur Auseinandersetzung mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und extremer Rechter vom 05. Dezember 2023. https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/14-Beschluss_zur_Auseinandersetzung_mit_gruppenbezogener_Menschen feindlichkeit_und_extremer_Rechter.pdf (18.06.2024).

Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW) (2024): Rechtes Christentum. https://www.ezw-berlin.de/publikationen/lexikon/rechtes-christen tum-lexikon-fuer-religion-und-weltanschauung-2/ (21.06.2024).

ideaSpektrum (iS) (2014a): Massive Störung einer Anti-Bildungsplan-Demo. ideaSpektrum, 36 (6), 34.

ideaSpektrum (iS) (2014b): Wie die Parteien zum umstrittenen Bildungsplan stehen. ideaSpektrum, 36 (5), 30.

ideaSpektrum (iS) (2014c): Tolerieren, aber nicht akzeptieren. ideaSpektrum, 36 (11), 36.

ideaSpektrum (iS) (2014d): Wir wollen keine Gender-Ideologie! ideaSpektrum, 36 (4), 3.

ideaSpektrum (iS) (2014e): Weiter Protest gegen Bildungsplan. ideaSpektrum, 36 (15), 33.

ideaSpektrum (iS) (2014f): „Ich bin heterosexuell, und das ist gut so“. ideaSpektrum, 36 (3), 3.

ideaSpektrum (iS) (2014g): Es greift in Schulen um sich. ideaSpektrum, 36 (37), 9.
ideaSpektrum (iS) (2014h): Pietisten: Bitte Ehe und Familie erwähnen! ideaSpektrum, 36 (16), 33.
ideaSpektrum (iS) (2014i): Was im grün-roten Baden-Württemberg zum Streit führt, ist im schwarz-roten Saarland längst eingeführt. ideaSpektrum, 36 (7), 32.
ideaSpektrum (iS) (2014j): AfD mit Wertkonservativen an der Spitze. ideaSpektrum, 36 (5), 10.
ideaSpektrum (iS) (2014k): Verschiebung des Bildungsplans begrüßt. ideaSpektrum, 36 (18), 33.
ideaSpektrum (iS) (2014l): Der Bildungsplan wird überarbeitet. ideaSpektrum, 36 (14), 38.
ideaSpektrum (iS) (2014m): Warum schweigt die heterosexuelle Mehrheit? ideaSpektrum, 36 (10), 42.
ideaSpektrum (iS) (2014n): Der Bildungsplan ist nur ein kleiner Baustein. ideaSpektrum, 36 (30), 30.

Literatur

Alves, Mário Aqino / Segatto, Catarina Ianni / Pineda, Andrea (2021): Changes in Brazilian education policy and the rise of right-wing populism. In: British Educational Research Journal, 47 (2), 332–354.
Andresen, Sabine (2018): Rechtspopulistische Narrative über Kindheit, Familie und Erziehung. In: Zeitschrift für Pädagogik, 64 (6), 768–787.
Avenarius, Hermann / Hanschmann, Felix (2019): Schulrecht. Köln.
Azevedo, Mario Luiz Neves de / Robertson, Susann Lee (2022): Authoritarian populism in Brazil. In: Globalisation, Societies and Education, 20 (2), 151–162.
Backes, Uwe (2020): Die „Neue Rechte" und das Christentum. In: Backes, Uwe / Hildmann, Philipp W. (Hrsg.): Das Kreuz mit der Neuen Rechten? München, 40–51.
Baumgartner, Alois (2004): Das Kind zwischen Familie und Staat. In: Münchner Theologische Zeitschrift, 55 (1), 28–35.
Bednarz, Liane (2018): Die Angstprediger. München.
Behrensen, Maren / Heimbach-Steins, Marianne (2020): Kampfplatz Gender. In: Backes, Uwe / Hildmann, Philipp W. (Hrsg.): Das Kreuz mit der Neuen Rechten? München, 53–65.
Bitzan, Renate (2016): Geschlechterkonstruktionen und Geschlechterverhältnisse in der extremen Rechten. In: Virchow, Fabian / Langebach, Martin / Häusler, Alexander (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden, 325–373.
Böhm, Winfried / Seichter, Sabine (2022): Wörterbuch der Pädagogik. 18. Aufl. Paderborn.
Braun, Nina (2014): Kulturkampf um „sexuelle Vielfalt" im Unterricht. In: Grundschule, 46 (3), 34–35.
Claussen, Johann Hinrich / Fritz, Martin / Kubik, Andreas / Leonhardt, Rochus / von Scheliha, Arnulf (2021): Einleitung. In: Claussen, Johann Hinrich / Leonhardt, Rochus / Scheliha, Arnulf von / Kubik, Andreas / Fritz, Martin (Hrsg.): Christentum von rechts. Tübingen, 1–8.
Conger, Kimberly H. (2019): The Christian Right in U.S. Politics. In: Thompson,

William R. (Hrsg.): Oxford research encyclopedia of politics. New York. https://doi.org/10.1093/acrefore/9780190228637.013.810.
Debus, Katharina / Laumann, Vivien (2018): LSB-was? Geschlechtliche, amouröse und sexuelle Vielfalt. In: Debus, Katharina / Laumann, Vivien (Hrsg.): Pädagogik geschlechtlicher, amouröser und sexueller Vielfalt. Berlin, 12–70.
Diefenbach, Aletta (2021): Zwischen Lebenssinn, Spott und Nostalgie. In: Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik, 5 (2), 415–443.
Ferris, Eric / Robbins, Christopher G. (2024): A crusade and the crowd of the dead: Understanding the logic of the U.S. right's attacks on public education. In: Review of Education, Pedagogy, and Cultural Studies, 46 (1), 25–63.
Fritz, Martin (2021): Im Bann der Dekadenz. In: Claussen, Johann Hinrich / Leonhardt, Rochus / Scheliha, Arnulf von / Kubik, Andreas / Fritz, Martin (Hrsg.): Christentum von rechts. Tübingen, 9–63.
Gehrmann, Anne / Klose, Lisa-Marie / Kula, Elisabeth / Schäder, Lisa (2017): Familie, Ehe, Sexualität und Abtreibung – ein Hegemonieprojekt von rechts? In: Forschungsgruppe „Religiöse Rechte" (Hrsg.): „Im Namen Gottes … ?". Marburg, 48–80.
Gorski, Philip (2020): Am Scheideweg. Freiburg i. B.
Heimowski, Uwe / Markstein, René (2020): Rechtspopulistische Positionen und Evangelikale. In: Backes, Uwe / Hildmann, Philipp W. (Hrsg.): Das Kreuz mit der Neuen Rechten? München, 104–115.
Heitmeyer, Wilhelm (2002): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Frankfurt a. M., 15–36.
Henninger, Annette (2020): Antifeminismen. In: Henninger, Annette / Birsl, Annette (Hrsg.): Antifeminismen. Bielefeld, 9–41.
Hirscher, Gerhard (2020): Kirchennahe Wählerschaft und Wahl der AfD. In: Backes, Uwe / Hildmann, Philipp W. (Hrsg.): Das Kreuz mit der Neuen Rechten? München, 89–103.
Hoberg, Verena (2018): Evangelikale Lebensführung und Alltagsfrömmigkeit. In: Elwert, Frederik / Radermacher, Martin / Schlamelcher, Jens (Hrsg.): Handbuch Evangelikalismus. Bielefeld, 209–226.
Hussain, Saba / Yunus, Reva (2021): Right-wing populism and education. In: British Educational Research Journal, 47 (2), 247–263.
Jentsch, Ulli / Sanders, Eike (2018): Mit offenen Armen in die Sackgasse. https://www.der-rechte-rand.de/archive/4190/mit-offenen-armen-in-die-sackgasse/ (14. 08. 2023).
Kemper, Andreas (2016a): Antiemanzipatorische Netzwerke und die Geschlechter- und Familienpolitik der Alternative für Deutschland. In: Häusler, Alexander (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland. Wiesbaden, 81–97.
Kemper, Andreas (2016b): Geschlechter- und familienpolitische Positionen der AfD. In: Kellershohn, Helmut / Kastrup, Wolfgang (Hrsg.): Kulturkampf von rechts. Münster, 147–161.
Kronauer, Jörg (2018): Sprachrohr und Bindeglied. https://www.der-rechte-rand.de/archive/3177/idea-sprachrohr/ (14. 8. 2023).
Lang, Juliane (2015): Familie und Vaterland in der Krise. In: Hark, Sabine / Villa, Paula-Irene (Hrsg.): Anti-Genderismus. Bielefeld, 167–181.
Lang, Juliane (2017): Feindbild Feminismus. In: Grigat, Stephan (Hrsg.): AfD & FPÖ. Baden-Baden, 61–78.

Laumann, Vivien / Debus, Katharina (2018): »Frühsexualisierung« und »Umerziehung«? In: Lang, Juliane / Peters, Ulrich (Hrsg.): Antifeminismus in Bewegung. Hamburg, 275–301.
Mayring, Philipp (2022): Qualitative Inhaltsanalyse. 13. Aufl. Weinheim / Basel.
Minkenberg, Michael (2024): Christliche Identitäten? In: Virchow, Fabian / Hoffstadt, Anke / Heß, Cordelia / Häusler, Alexancer (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden.
Moeller, Kathryn (2021): The politics of curricular erasure. In: Race Ethnicity and Education, 24 (1), 18–38.
Nestore, Matias / Robertson, Susan (2022): Introduction to special issue. In: Globalisation, Societies and Education, 20 (2), 81–85.
Neumann, Eszter (2022): Education for a Christian nation. In: European Educational Research Journal, 22 (5), 646–665.
Oldemeier, Anna Lena (2019): Die Novellierung des hessischen Lehrplans für Sexualerziehung. In: Näser-Lather, Marion / Oldemeier, Anna Lena / Beck, Dorothee (Hrsg.): Backlash?! Roßdorf, 213–234.
Oldemeier, Anna Lena / Backöfer, Ferdinand / Maurer, Susanne / Aleksin, Katharina (2020): Divergenz, Ambivalenz, Kongruenz. In: Henninger, Annette / Birsl, Ursula (Hrsg.): Antifeminismen. Bielefeld, 231–264.
Oldemeier, Kerstin (2021): Geschlechtlicher Neuanfang. Leverkusen-Opladen.
Pickel, Gert (2018): Religion als Ressource für Rechtspopulismus? In: Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik, 2 (2), 277–312.
Pinson, Halleli (2022): Neo Zionist right-wing populist discourse and activism in the Israel education system. In: Globalisation, Societies and Education, 20 (2), 124–137.
Prengel, Annedore (2019): Pädagogik der Vielfalt, 4. Aufl. Wiesbaden.
Rebenstorf, Hilke (2018): „Rechte“ Christen? Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik, 2 (2), 313–333.
Rodwell, Grant (2022): Education policy and the political right. Abingdon / New York.
Sauer, Birgit (2017): Gesellschaftstheoretische Überlegungen zum europäischen Rechtspopulismus. In: Politische Vierteljahresschrift, 58 (1), 1–20.
Schäfer, Arne (2016): Ordnung – Keuschheit – Mission. In: Widersprüche, 36 (140), 53–63.
Schäfer, Arne (2018): Evangelikalismus und Erziehung. In: Elwert, Frederik / Radermacher, Martin / Schlamelcher, Jens (Hrsg.): Handbuch Evangelikalismus. Bielefeld, 333–346.
Segatto, Catarina Ianni / Alves, Aquino Mário / Pineda, Andrea (2022): Populism and Religion in Brazil. In: Social Policy and Society, 21 (4), 560–574.
Simon, Stephanie / Thole, Werner (2021): Die braune Melange »konservativ-revolutionärer« Erziehung. In: Sehmer, Julian / Simon, Stephanie / ten Elsen, Jennifer / Thiele, Felix (Hrsg.): recht extrem? Wiesbaden, 227–247.
Strube, Sonja (2017a): Christliche Unterstützer der AfD. In: Orth, Stefan / Resing, Volker (Hrsg.): AfD, Pegida und Co. Freiburg, 58–71.
Strube, Sonja (2017b): Rechtspopulistische Strömungen und ihr Anti-Genderismus. In: Eckholt, Margit (Hrsg.): Gender studieren. Ostfildern, 105–120.
Strube, Sonja (2020): Rechtskatholizismus und die Neuen Rechten. In: Backes, Uwe / Hildmann, Philipp W. (Hrsg.): Das Kreuz mit der Neuen Rechten? München, 14–25.

Strube, Sonja (2023): The Christian right in Germany. In: Lo Mascolo, Gionathan (Hrsg.): The Christian right in Europe. Bielefeld / Berlin, 213–230.
Teidelbaum, Lucius (2015): «Kein Bildungsplan unter der Ideologie des Regenbogens». In: Billmann, Lucie (Hrsg.): Unheilige Allianz. Berlin, 6–14.
Thiessen, Barbara (2015): Gender Trouble evangelisch. In: Hark, Sabine / Villa, Paula-Irene (Hrsg.): Anti-Genderismus. Bielefeld, 149–166.
Yendell, Alexander (2020): Vorurteile, Rechtsextremismus und Wahl der AfD. In: Backes, Uwe / Hildmann, Philipp W. (Hrsg.): Das Kreuz mit der Neuen Rechten? München, 26–39.

Autorinnen

Prof. Dr. Rita Nikolai, geb. 1977, Professorin für Pädagogik mit Schwerpunkt Vergleichende Bildungsforschung an der Universität Augsburg. Arbeitsschwerpunkte: Bildungspolitik, Rechtspopulismus, institutioneller Wandel, Ideenbasierte Theorieansätze.
E-Mail: rita.nikolai@uni-a.de

Celine Feldengut, wissenschaftliche Hilfskraft an der Professur für Pädagogik mit Schwerpunkt Vergleichende Bildungsforschung an der Universität Augsburg.
E-Mail: celine.feldengut@student.uni-augsburg.de